

Kinderbetreuung - reinster Luxus!

MÜNCHEN Petra Nass hat einen Job, drei kleine Kinder – und ein großes Problem: Im Herbst sollen zum zweiten Mal innerhalb von nur drei Jahren die Gebühren für die Kindertagesbetreuung in städtischen Einrichtungen erhöht werden – und zwar drastisch. „Die meisten Familien werden völlig unvorbereitet davon getroffen und wissen noch nicht, wie sie ab September bis zu 40 Prozent mehr aufbringen sollen“, sagt sie.

Morgen soll die Erhöhung im Stadtrat behandelt und vielleicht schon verabschiedet werden.

Auf den ersten Blick sieht die neue Gebührenordnung auch durchaus sozial aus: Geringverdiener zahlen teilweise weniger als bisher, die vermeintlichen „Großkopferten“ mit Gehältern über 60 000 Euro im Jahr dagegen müssen tiefer in den Geldbeutel greifen (statt 1760 Euro bis zu 2424 Euro). Nur: „Diese Neuregelung trifft gar nicht nur die Reichen, sondern

ganz normale Durchschnittsverdiener“, sagt Nass, die auch Vorsitzende im Kindergartenbeirat der Stadt ist.

Laut statistischem Bundesamt verdient etwa ein normaler Arbeiter durchschnittlich 30 000 Euro brutto im Jahr. „Wenn beide Elternteile also arbeiten und je 30 000 Euro verdienen, fallen sie schon in die höchste Gebühren-Kategorie – dabei bleibt ihnen netto kaum was übrig“, erklärt sie.

Stadt will Gebühren um bis zu 40 Prozent anheben

Die höchste Abrechnungsstufe befindet sich sogar noch innerhalb dessen, was die Stadt andernorts (etwa beim München Modell für bezahlbaren Wohnraum) als förderwürdig einstuft.

Ebenfalls auf Kritik stößt das Vorhaben der Stadt, für die Gebühren-Berechnung

Besonders teuer könnte es ab Herbst für Familien mit zwei Kindern werden: Im Extremfall (Verdienst über 70 000 Euro) wird für beide Kinder der Höchstsatz fällig (404 Euro mal zwölf Monate; bisher: maximal 300 Euro mal 11 Monate).

Die Mitglieder des Kindergartenbeirats fordern jetzt eine gerechtere Gebührensatzung mit einheitlichen, nach Buchungszeiten gestaffelten Gebühren für alle – und Zuschüssen für Bedürftige. Nach Nass' Berechnungen würde die Stadt so einen siebenstelligen Betrag mehr einnehmen.

Die SPD rudert nach dem Eltern-Protest zurück. „Wir müssen viele Details noch mal prüfen“, sagt Bürgermeisterin Christine Strobl zur AZ. Weil der Meinungsbildungsprozess aber noch nicht abgeschlossen sei, könne sie über inhaltliche Änderungen noch nichts sagen. Heute wird sich die SPD-Fraktion noch einmal zur Beratung treffen. In der CSU ist die Linie dagegen jetzt schon klar: „Kin-

derbetreuung darf kein Luxusgut werden. Weg mit der Erhöhung!“, fordert Fraktionsvorsitzender Hans Podiuk.

Morgen diskutiert der Stadtrat das Gebühren-Problem. Und die Eltern hoffen noch auf eine Änderung.

Daniela Transiskus



Kämpft gegen die neuen Kindergarten-Gebühren: Petra Nass mit Nathalie (8), Nick (1) und Neil (5). F.: Zimmermann

das Einkommen der Eltern von vor zwei Jahren zugrunde zu legen. Die Folge: „Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, müssen wegen einer Bedürftigkeit, die vor zwei Jahren herrschte, weniger bezahlen“, sagt Nass. „Das ist so, als würde man Arbeitslosengeld kassieren wollen, weil man vor Jahren mal arbeitslos gewesen ist.“ Andere Eltern müssten die falschen Bedürftigen quasi mitfinanzieren.

Eine Auflistung der alten und geplanten neuen Kindergarten-Gebühren finden Sie unter www.gkb.musin.de/aktuelles